

Liebe Anwesende

Die Reichen werden reicher in diesem Land. Es gibt in der Schweiz deutlich mehr Millionäre als Sozialhilfe Beziehende.

Während es den Reichen immer besser geht und ihre Steuerbelastung auch wegen dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen sinkt, nimmt der finanzielle Druck auf den Rest der Bevölkerung zu. Höhere Mieten, massiv steigende Krankenkassenprämien und stagnierende Löhne prägen den Alltag der von vielen Familien und von Einzelpersonen mit tiefen und mittleren Einkommen. Das Geld reicht oft nur noch knapp zum Leben und schon eine hohe Zahnarztrechnung bringt das labile finanzielle Gleichgewicht zum Kippen.

Das ist die gesellschaftliche Ausgangslage. Sie führt nun aber nicht dazu, dass der soziale Ausgleich gestärkt wird. Nein: Wer schon wenig hat, soll noch weniger erhalten, das ist die Forderung vor allem von rechtsbürgerlichen Kreisen. Im Fokus dieser Politik steht ganz zuvorderst die Sozialhilfe.

Rechtsbürgerliche Politikerinnen und Politiker werden nicht müde, die Sozialhilfeleistungen als zu hoch anzuprangern. Dabei werden teilweise absurde Beispiele konstruiert, um zu zeigen, dass sich Arbeit nicht lohne und die Sozialhilfe zu grosszügig sei.

Wir wissen alle, dass das nicht stimmt. Wir wissen, dass wir viel Aufwand betreiben, um möglichst viele Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir kennen aber auch die damit verbundenen Probleme: Mehr als die Hälfte der Erwachsenen in der Sozialhilfe ist beruflich nicht qualifiziert. Und viele unterstützte Personen haben gesundheitliche Probleme.

Wo sind die Arbeitgeber, welche in genügender Zahl diese Personen anstellen?
Was tut die Politik, um die Arbeitsintegration wirksam zu fördern? Warum gibt es seit 2014 erstmals mehr Personen in der Sozialhilfe als Rentnerinnen und Rentner in der IV? Was passiert mit der steigenden Zahl von Personen, welche zu wenig fit für den Arbeitsmarkt und zu wenig krank für die IV sind?

Personen mit Leistungseinschränkungen, Stellensuchende ohne Berufsausbildung oder ältere Personen werden aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt. Die Wirtschaft will leistungsfähige Fachkräfte. Und obschon offensichtlich ist, dass die Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht mit den Profilen der Stellensuchenden in der Sozialhilfe übereinstimmen, geht die Politik in einigen Kantonen davon aus, dass mit drastischen Kürzungen des Grundbedarfs das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit von Sozialhilfe Beziehenden gelöst werden könne.

Faktenbasierte, zielgerichtete und rationale Politik sieht anders aus. Man kann die strukturellen Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mit individuellen Leistungskürzungen lösen. Und dennoch: Eine Gesetzesrevision, welche genau das wollte, ist im Kanton Bern nur knapp gescheitert.

Dass diese Revision gleich auch noch den Grundbedarf für alle Kinder, alle Kranken, alle Alleinerziehenden kürzen wollte, zeigt ein erschreckendes Bild des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die Solidarität mit den sozial Schwächsten verringert sich in dem Mass, in dem die Sozialhilfe Beziehenden verunglimpft werden und die Sozialhilfe schlecht geredet wird.

Es ist nochmals gut gegangen im Kanton Bern. Das hat auch damit zu tun, dass sich breiter Widerstand gegen die teilweise massiven Kürzungen geregt hat. Und das hat auch damit zu tun, dass die Medien die Abstimmungsvorlage gründlich analysiert haben und zum Schluss gekommen sind, dass mit Kürzungen des Grundbedarfs die Probleme nicht zu lösen sind.

Das Berner Resultat darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sozialhilfe unter Druck bleibt. In verschiedenen Kantonen sind ähnliche Kürzungsbestrebungen Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen. Im Kern geht es dabei nicht nur um die Frage, wie hoch der Grundbedarf sein soll. Es geht immer auch um die grundsätzliche Frage: Integration oder Ausschluss aus der Gesellschaft?

Wer das soziale Existenzminimum ablehnt und den Grundbedarf deswegen nur noch auf Ernährung, Bekleidung und elementare Körperpflege zusammenstreicht, verhindert bewusst die gesellschaftliche Teilhabe von Bedürftigen.

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, dass man mit Freunden gelegentlich einen Kaffee trinken kann, dass man in der Lage ist für seine Kinder ein Geburtstagsfest auszurichten, mit Bekannten einen Ausflug zu machen und – in der heutigen Zeit ganz wichtig – dass man sich auch ein Handy und den

Internetanschluss leisten kann. All das geht nicht mehr, wenn die Grundbedarfs-Leistungen um 30 Prozent gekürzt werden.

Was können wir tun, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die soziale Ausgrenzung und gesellschaftliche Stigmatisierung von Bedürftigen zu verhindern?

In der Bundesverfassung steht der schöne Satz: Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen. Das tönt schon fast wie ein Relikt aus einer anderen Zeit. Dieser Satz ist aber zentral für die Schweiz. Unser Land funktioniert nur, wenn es solidarisch ist. Solidarisch mit den Randregionen, den sprachlichen Minderheiten, den Landwirten und den sozial Schwächsten.

Die gesellschaftliche Solidarität ist der Kitt, welcher die Schweiz zusammenhält. Und die Sozialhilfe ist ein unverzichtbares und wichtiges Element der gesellschaftlichen Solidarität.

Ohne Sozialhilfe gäbe es in unserem Land deutlich mehr Armut und Elend. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns im öffentlichen Diskurs für eine angemessene und menschenwürdige Sozialhilfe einsetzen.

Es ist wichtig, dass wir darauf hinweisen, dass ein Drittel der unterstützten Personen Kinder sind und dass vierjährige Kinder in der Schweiz das höchste Armutsrisiko haben. Wir müssen darüber reden, dass 10 Prozent aller 15 Jährigen in den Städten von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen und dass ein Viertel der Alleinerziehenden nur dank der Sozialhilfe würdig leben kann.

Die Sozialhilfe, das wird gerne übersehen, ist das mit Abstand günstigste soziale Sicherungssystem. Sie sichert 275'000 Menschen in diesem Land in der Existenz und benötigt dafür nur 1,6 Prozent der Gesamtaufwendungen für die soziale Sicherheit.

Selbstverständlich gibt es Reformbedarf in der Sozialhilfe. Selbstverständlich muss die Kostenentwicklung im Auge behalten werden. Und selbstverständlich muss Missbrauch wirksam bekämpft werden. Kostensteigerungen und einzelne Missbrauchsfälle dürfen aber nicht dazu führen, dass alle 275'000 von der Sozialhilfe unterstützten Personen in der Schweiz als arbeitsscheu abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt und als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.

Die Schweiz kann sich eine angemessene Sozialhilfe leisten. Dafür haben wir uns in den letzten fünf Jahren eingesetzt. Und dafür muss sich die SKOS auch weiterhin einsetzen, im Verbund mit der SODK, den Hilfswerken, den sozial aufgeschlossenen Parteien und Gruppierungen und der Zivilgesellschaft.

Es geht, kurz zusammengefasst, um Integration statt Ausgrenzung, um Fakten statt Vorurteile und um die Wahrung der Menschenwürde für alle Personen in diesem Land.

Wir haben in den letzten fünf Jahren für diese Anliegen eingesetzt. Wir haben dabei grosse Unterstützung erhalten von Ihnen allen. Und wir haben Ihr Vertrauen gespürt, das unsere Arbeit getragen und erst ermöglicht hat. Dafür danken wir Ihnen ganz herzlich.

Wir haben die Arbeit für die SKOS gerne gemacht.

Bern, 23. Mai 2019

Therese Frösch und Felix Wolfers